

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 15. Oktober 1898.

Zusatz die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße Nr. 18.

Inhalt: Zur Abwehr des geplanten Angriffs auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. — Der sozialdemokratische Parteitag. — Aktive und passive Handelsbilanz. — Einige Beiträge zur Lage der Metallarbeiter in Bayern. — Die Tisch-Dünder'schen Gewerksvereine. (Schluß.) — Feuilleton: Von den Motoren. — Die Berichte über Lebensmittelpreise. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die im September bei der Hauptversammlung eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — An die Metallarbeiter Dnjapjens. — Technisches. — Vermischtes. — Litterarisches.

friedliche Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern herbeizuführen gesucht, ehe sie zum Streik griffen oder zur ArbeitsEinstellung aufforderten.

Die Unternehmer haben mit wenigen Ausnahmen, ganz im Sinne der im deutschen Staatsleben vorherrschenden Tendenz, es rücksichtslos zurückgewiesen, die Organisationen der Arbeiter als berechtigten Faktor bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen anzuerkennen, jede friedliche Verständigung zwischen Unternehmer und Arbeiter verhindert und dadurch die Arbeiter zum Streik angereizt.

Der Gewerkschaftsausschuß erklärt, von dieser, aus der Erfahrung gewonnenen Erkenntnis ausgehend, daß eine Verschärfung der auf die Streiks Bezug habenden, gegen die Arbeiter gerichteten Strafbestimmungen, besonders die in Aussicht genommene Bestrafung der Arbeiter, welche zu einem Streik ansetzen, gleichbedeutend ist mit einer völligen Aufhebung der durch § 152 der G.-O. gewährten Koalitionsfreiheit, die durch schärfste Auslegung der Strafbestimmungen des § 153 der G.-O. seitens der Gerichte, durch Anwendung der Vereinsgesetzgebung auf die Gewerkschaften und durch die heute übliche Polizeipraxis ohnehin auf ein äußerst geringes Maß herabgedrückt ist.

Der Gewerkschaftsausschuß protestiert energisch gegen den Gedanken, daß zumeist von der Verzweiflung über ihre Nothlage getriebene, für sich und ihre Familien um eine bessere Existenz ringende Arbeiter, welche zum letzten ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, der ArbeitsEinstellung, greifen und ihre Arbeitsgenossen zu gleichem Thun auffordern, dem Verbrecher gleich geachtet und mit Zuchthausstrafe bedroht werden sollen.

Um der Gefahr, welche dem ohnehin so geringfügigen Koalitionsrecht der Arbeiter Deutschlands droht, zu begegnen, beschließt der Gewerkschaftsausschuß, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beauftragen:

- 1. alle auf die Streiks bezüglichen Materialien, insbesondere über die von den Unternehmern provozierten Streiks und die Anwendung der Strafbestimmungen gegen streikende Arbeiter zu sammeln und diese Materialien zu veröffentlichen;
2. sobald die Beschränkung des Koalitionsrechtes greifbare Gefahr in Form einer Gesetzesvorlage annehmen sollte, die sich entwickelnde Protestbewegung der Arbeiter nach Möglichkeit einheitlich zu gestalten.

Der sozialdemokratische Parteitag,

welcher vorige Woche in Stuttgart tagte, hat auch zur Frage des bedrohten Koalitionsrechtes Stellung genommen. Nach einem ausgezeichneten Referat des Genossen Rich. Fischer (wir tragen dasselbe in nächster Nummer nach) nahm der Parteitag einstimmig folgende Resolution an:

Unter der kapitalistischen Produktionsweise hat die Unternehmerklasse das Bestreben, jeden Fortschritt in der Produktionstechnik, jede Einführung arbeitssparender Maschinen, jede ihnen günstige Konjunktur des Arbeitsmarktes dahin auszurufen, die Löhne der Arbeiter zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterklasse zu erhöhen.

Die Arbeiter haben daher im Interesse ihrer Selbsthaltung und der Hebung ihrer Lebenshaltung die Pflicht, mit allen im heutigen Klassenstaat verfügbaren politischen und wirtschaftlichen Kampfmitteln dieses kulturfeindliche Bestreben der Unternehmerklasse zu vereiteln.

Ein unentbehrliches Mittel zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erhöhung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse ist die gewerkschaftliche

Organisation und die ungehinderte Benützung eines gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes.

Der Parteitag erklärt es als eine der ersten Aufgaben der Gesetzgebung, allen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren und es gegen die unablässigen Anschläge des Unternehmertums sicherzustellen. Er wendet sich daher entschieden gegen die Drohung in der Urkunde des Kaisers zu Dognhausen am 6. September 1898, bennachst der Volksvertretung einen Gesetzesentwurf vorlegen zu lassen, wonach jeder mit Zuchthaus bestraft werden soll, der „gar zu einem Streik ansetzt“.

Aktive und passive Handelsbilanz.

Ein sehr wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben eines jeden Volkes und für viele ein Buch mit sieben Siegeln ist die Bilanz des auswärtigen Handels. Nach der verständnißlosen, durch keinerlei Sachkenntnis getrübtten Auffassung nationalökonomischer Quacksalber macht sich die Sache sehr einfach so: Ist die Ausfuhr von Waaren größer als die Einfuhr, so nimmt der sogenannte Nationalreichtum um die betreffende Differenz zu, ist aber umgekehrt die Einfuhr größer als die Ausfuhr, so nimmt der nationale Reichtum um die betreffende Differenz ab, und dauert diese passive Handelsbilanz längere Zeit an, so verarmt die ganze Nation und es gibt nur noch ein Volk von Bettlern, das zu den Nachbarvölkern mit dem Bettelstab auf dem Rücken beisteln gehen muß.

Dieses Schicksal steht nach der Weisheit einfacher Köpfe oder für ihre Klasseninteressen rücksichtslos eintretender brutaler Politiker, welche vor feiner Fälschung und Demagogie zurückschrecken, auch Deutschland bevor, da es zu den Ländern mit bedeutender Unterbilanz gehört. In den 9 Jahren von 1889 bis 1897 betrug die gesammte Einfuhr 37,460, die Ausfuhr 29,223 Milliarden, die Unterbilanz somit 8216 Milliarden Mark. Um diese kolossale Summe ist nach den Quacksalbern in der kurzen Zeit von 9 Jahren die deutsche Nation armer geworden. Ist dem aber wirklich so? Gerade das Gegentheil ist der Fall. In einer uns darüber vorliegenden Betrachtung heißt es: „Deutschland hat 1897 um 1024 Millionen in seinem Nationalvermögen zugenommen, also alle Folgerungen, die sich aus der verkehrten Auffassung dieser Zahlen ergeben, namentlich im agrarischen Lager, beruhen auf gänzlich falschen Voraussetzungen. — Die Wurzel dieses Irrthums liegt darin, daß wir uns so schwer trennen können von den Kleinbürgerlichen Begriffen des Kaufens resp. Waarzählens und wenn man die Handelscharakteristika so auffaßt, daß wir vom Ausland für 4832 Millionen kaufen und dahin nur für 3808 Millionen verkaufen, so scheint es nutzlos, beweisen zu wollen, dies sei sogar ein Gewinn für uns; denn wenn Jemand unter gewöhnlichen Verhältnissen für 43 M. kauft und für nur 35 M. verkauft, so hat er meist 8 M. von seinem Waarvermögen eingebüßt. Nun ist der Handel aber heute noch ebenso wie zu den ältesten Zeiten, und das ist der springende Punkt, immer nur Tausch. Wenn also die Statistik lautet: Deutschlands Einfuhr 1897 gleich 4832 Millionen, Ausfuhr 3808 Millionen, so heißt das in anderen Worten: unser Volk hat für seine ausgeführten Waaren von 3808 Millionen andere in Höhe von 4832 Millionen etagekauft, ist also um die Differenz von 1024 Millionen reicher geworden.“

Die gleiche Auffassung wird in einer jüngst über den Gegenstand erschienenen Schrift von Dr. Lewin (Leipzig) vertreten. Auch hier wird das Verfahren, den auswärtigen Handel eines Staates ebenso zu betrachten, wie den gewöhnlichen bürgerlichen Haushalt,

Einige Betrachtungen über die aktive und passive Handelsbilanz der Staaten. Von Dr. Gustav Lewin. Berlin. Verlag von Simon. Preis 1 M.

Zur Beachtung.

Zugang in ferngehaltene:

von Formern nach Gerburg (Reilmann u. Böller) M., nach Hilsfeld (Temporformer, Firma Wilh. Kramer) Str., nach Püffelhof D., nach Halle a. S. (H. Jacobi in Büschdorf b. D.) Str., nach Nürnberg, nach Helbert, Rhd. (Temporformer, Firma Walter u. Co., Inhaber Albert Fischer) Str.;

von Feilenbauern u. nach Lückel, nach München-Glabach, nach Pötschappel-Dresden (Wehlhose) M.;

von Flempnern nach Cassel Str., nach Leipzig (Metzler-Gesellschaft Prometheus) M., D., nach Magdeburg U.;

von Installateuren nach Magdeburg U.;

von Schleifern nach Solingen-Löhe (Gottl. Hammesfahr) Str.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Cassel (Bez u. Hentel);

von Metallschlägern nach Großschönan (Weber u. Büchhoff) M.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Arbeits-Reduktion.)

Zur Abwehr des geplanten Angriffs auf das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Die Gefahr, daß die Anreizung zum Streik mit Strafe belegt oder gar, wie in Aussicht gestellt ist, mit Zuchthaus bestraft werden soll, trifft in erster Linie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Obgleich auch von unseren Gegnern anerkannt wird, daß die Streiks, welche von einer gewerkschaftlichen Organisation geleitet und von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern geführt werden, die wenigsten Ausschreitungen und die geringsten persönlichen Differenzen aufweisen, so steht doch fest, daß die Gegner der Arbeiterbewegung eine Unterdrückung der Gewerkschaften wünschen. Sie halten die gewerkschaftliche Organisation für die Ursache der Streiks, während diese in der schlechten Löhnung, der nicht geregelten Arbeitszeit und der leider nur zu oft rücksichtslosen Behandlung der Arbeiter seitens der Unternehmer liegt.

Die Gewerkschaft ermöglicht es aber den Arbeitern, erfolgreicher ihre Kämpfe zu führen und bestwegen sehen die Unternehmer in den Organisationen eine Gefahr dafür, daß das heutige absolutistische Fabrikssystem von einem durch Vereinbarung geregelten ersetzt werde. Die Gegner der Arbeiter hoffen durch den in Aussicht genommenen Angriff auf das Koalitionsrecht den Gewerkschaften einen empfindlichen Schlag zu versetzen, und dieses veranlaßte den Gewerkschaftsausschuß, in seiner Sitzung vom 29. September 1898 sich mit der drohenden Gefahr zu beschäftigen und wurde folgende Resolution angenommen:

Die in dem Gewerkschaftsausschuß vereinigten Vertreter der Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände, welche ca. 420,000 Mitglieder zählen, erklären, daß sie in ihrer zum Theil langjährigen Praxis im Gewerkschaftsleben die Erfahrung gemacht haben, daß die Verantwortung für das Ausbrechen eines Streiks in den meisten Fällen die Unternehmer trifft.

Die in den Gewerkschaftsverbänden organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben in allen Fällen eine

als unrichtig bezeichnet und betont, daß bei den nackten Ziffern der Handelsbilanz noch andere Faktoren berücksichtigt werden müssen, welche nicht offen vor den Augen der Menge in Ziffern ausgedrückt vorliegen und vor Allen, weil man vergißt, daß sich unter den Importen, für welche, nach einem beliebigen Ausdruck, das Geld ins Ausland geht, sich vielfach Waaren befinden, deren Verarbeitung den Reichtum des Landes vermehren hilft und daß man ja das Geld nicht für nichts, sondern für geldwerthe Waaren ins Ausland schickt.

Aber es ist Thatsache, daß lange Zeit der Begriff von der aktiven und passiven Handelsbilanz und ihrer Bedeutung als Maßstab für den wachsenden oder abnehmenden Wohlstand des Volkes, die Wirtschaftspolitik beeinflusst hat und auch heute noch als Mittel zur Beeinflussung derselben geltend gemacht wird. Man behauptet, daß ein Land, welches Jahr aus Jahr ein Waaren von geringerem Werth ausführt, als es solche einführt, allmählich vollständig verarmen müsse und obgleich die Thatsachen das Gegentheil beweisen — so hat England schon seit Jahrzehnten jährlich eine Unterbilanz von 2—3 Milliarden Mark, ohne zu verarmen — wird doch noch immer als Evangelium der „richtigen“ Volkswirtschaftslehre verkündet, daß man durch hohe Schutzzölle das Land gegen fremde Importen absperrn müsse, damit das Geld im Lande bleibe.

Solche falsche Propheten gab es übrigens zu allen Zeiten und schon vor etwa 150 Jahren fühlte sich der englische Philosoph und Geschichtsschreiber David Hume veranlaßt, gegen sie anzukämpfen. In seiner Abhandlung „Von der Handelsbilanz“ sagte er u. A.: „Diese Irrthümer, kann man sagen, sind grob und handgreiflich; aber sogar Nationen, die sich auf den Handel sehr wohl verstehen, sind wegen der Handelsbilanz noch immer auf einander eifersüchtig und fürchten, daß sie all' ihr Gold und Silber verlieren möchten. Das scheint mir fast in jedem Falle eine grundlose Besorgniß zu sein und ich möchte ebenjotut fürchten, daß alle unsere Quellen und Flüsse sich ausleeren ließen, als daß ein Land, in welchem sich Bevölkerung und Industrie befinden, vom Geld entblößt werden könnte.“ Also schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts mußte Hume die Ansicht bekämpfen, daß ein Volk in Folge des Abflusses von Gold und Silber verarmen könne, trotzdem die industrielle Thätigkeit stets für die Schaffung neuer Werthe sorgt und heute noch gibt es Leute, welche auf solcher Theorie unsere Wirtschaftspolitik aufbauen wollen.

Dr. Lewinstein zeigt nun an der Hand von, dem deutschen Handelsarchiv entnommenen Bilanzen von 29 Staaten, wie grundlos die Behauptung ist, daß eine aktive Handelsbilanz ein Land reich mache, während dasselbe bei einer passiven Handelsbilanz verarmen müsse. Nach dem Handelsarchiv betrug im Jahre 1895 die passive resp. aktive Handelsbilanz:

### Von den Motoren.

(Automobile. — Ein Gichtgasmotor. — Lokomotive mit komprimierter Luft.)

Was ist heute das Automobil? Diese Frage sollte durch ein in Paris im Juni dieses Jahres vom „Automobileclub de France“ veranstaltete Konkurrenz entschieden werden. Der erste Blick auf die Liste der konkurrierenden Fahrzeuge gibt schon die Richtung, in welcher die Konstrukteure ihre Aufgabe zu lösen gedachten. Man findet fast durchwegs Luxusfahrzeuge, Wagen für die „elegante Welt“, Spielzeuge für die Pariser Marquisen und Börseazoren, aber keine Lohndfuhrwerke. Warum dies so ist, wird sich gleich zeigen, wenn man auf den Bau der Wagen näher eingeht.

Es war im Grunde genommen eine kleine Zahl von verschiedenen Typen, die sich an der Konkurrenz beteiligten, aber immerhin fällt sofort auf, daß von den elf Automobilen nur eines mit Petroleum, die anderen alle mit elektrischen Akkumulatoren betrieben werden. Der Berichterstatter des englischen Blattes „Engineer“ schließt daraus und auch mit Rücksicht auf seine heimischen Verhältnisse, daß für die Automobile der Akkumulatorenbetrieb der beste und günstigste ist und daß ihm die Zukunft gehört. In's Detail der konstruktiven Durchführung einzugehen, ist wohl nicht am Platze. Genug daran, daß beispielsweise einer der präparierten Wagen, das Automobil von Krieger in Paris, ein Gewicht von 1360 Kilogramm aufweist, von denen 866 Kilogramm auf den vorderen, 494 Kilogramm auf den rückwärtigen Rädern zu liegen kommen. Er trägt drei Passagiere und 70 Kilogramm todtes Gewicht. Seine Akkumulatoren genügen für 7 bis 8

### A. Länder mit passiver Handelsbilanz.

in England . . . . .	2,617,160,000 M
„ Deutschland . . . . .	802,800,000 „
„ Holland . . . . .	456,240,000 „
„ Frankreich . . . . .	264,240,000 „
„ Belgien . . . . .	240,060,000 „
„ der Schweiz . . . . .	222,560,000 „
„ der Türkei . . . . .	160,100,000 „
„ Italien . . . . .	119,660,000 „
„ Dänemark . . . . .	105,720,000 „
„ Norwegen . . . . .	94,480,000 „
„ China . . . . .	92,900,000 „
„ Portugal . . . . .	58,060,000 „
„ Schweden . . . . .	36,500,000 „
„ Chile . . . . .	35,820,000 „
„ Rumänien . . . . .	31,620,000 „
„ Griechenland . . . . .	30,760,000 „
„ Spanien . . . . .	11,480,000 „
„ Finnland . . . . .	7,280,000 „
„ Japan . . . . .	5,260,000 „
„ Paraguay . . . . .	2,500,000 „

### B. Länder mit aktiver Handelsbilanz.

in Bulgarien . . . . .	6,290,000 M
„ Oesterreich-Ungarn . . . . .	32,220,000 „
„ Uruguay . . . . .	39,820,000 „
„ Aegypten . . . . .	37,060,000 „
„ Argentinien . . . . .	99,900,000 „
„ Rußland exkl. Finnland . . . . .	218,360,000 „
„ Mexiko . . . . .	222,900,000 „
„ Ver. Staaten von Nordamerika . . . . .	314,860,000 „

Sedem, der diese Zahlen auch nur flüchtig ansieht, muß vor allen Dingen eines auffallen, nämlich der Umstand, daß in Summa die Staaten mit passiver Handelsbilanz um eine viel größere Summe ärmer geworden sind, als sich der Reichtum der Staaten mit aktiver Handelsbilanz vermehrt hat. Die Differenz ist eine sehr bedeutende; es beträgt nämlich:

der scheinbare Verlust der Staaten mit passiver Handelsbilanz . . . 5,375,460,000 M

dagegen der scheinbare Gewinn der Staaten mit aktiver Handelsbilanz 1,042,040,000 M

so daß sich ein Verlustsaldo von 4,333,420,000 M ergibt. Die nothwendige Frage, welche sich an dieses Resultat knüpft, ist: Wo ist dieses Geld geblieben?

Der Einwand, daß diejenigen Länder, welche in der vorstehenden Reihe nicht aufgeführt sind, dieses Geld bekommen haben sollten, ist nicht ernsthaft zu machen, denn diese fehlenden Länder spielen im Welthandel und ebenso in der Weltwirtschaft absolut keine wesentliche Rolle. Man muß also annehmen, daß diese 4 1/3 Milliarden Mark in das Meer des Nichts versunken sind, daß sie vollständig aus der Welt verschwunden sind und da sich diese Erscheinung seit Jahrzehnten Jahr für Jahr wiederholt, so werden wohl schon ca. 100 Milliarden Mark Nationalvermögen spurlos aus der Welt verschwunden sein und die große schwer zu beantwortende Frage ist nun: Wo kommt

Fahrstunden ohne neuerliche Ladung. Der Antrieb erfolgt an der Vorderachse, desgleichen Steuerung. Die Geschwindigkeit eines Wagens war etwa die eines Radfahrers; Hindernisse, wie Hügel, schlechtes Pflaster und anderes wurden mit der angemessenen reduzierten Geschwindigkeit genommen. Die Konkurrenz dauerte 8 Tage, an jedem hatten die Wagen etwa 60 Kilometer zurückzulegen. Der erwähnte Krieger'sche Wagen konnte 90—100 Kilometer fahren, bis seine Akkumulatoren sich erschöpften. Im Uebrigen wurden durch die Preisrichter alle denkbaren Versuche mit den konkurrierenden Fahrzeugen vorgenommen, was viel praktische, für die Zukunft verwertbare Ergebnisse lieferte. Als beste Steuerung ist die am Petroleumwagen von Peugeot verwendete Lenkstange, ähnlich der am Fahrrad in Anwendung stehenden zu betrachten. Die Steuerung mittelst Handrades ist schwer zu handhaben und unzuverlässig. Im Durchschnitt entwickelten die Motoren etwa 6 Pferdekraft.

Die bemerkenswerteste Erfahrung, die während der Konkurrenz gemacht wurde, bildet das Auftreten sehr vieler Gebrechen an allen möglichen Theilen der Automobile. So blieb der Wagen Krieger's plötzlich stehen und Herr Krieger selbst mußte 20 Minuten suchen, bis er die Ursache fand, aus welcher der Motor versagte. Wenn aber der Konstrukteur so lange braucht, was ist dann, wenn technisch ungebildete Kutscher einer Lohndfuhrwerks-Gesellschaft die Wagen lenken? Dem müßte erst ein Ingenieur oder Monteur geholt werden, um den eine Verkehrsstörung vielleicht durch Stunden bildenden Wagen wieder in Gang zu bringen. Daraus folgt, daß das Automobil heute noch in den Kinderstube steckt, für Lohndfuhrwerk mit einigen Bedenken zu verwenden ist, und daß es heute ein Luxus- und

das Geld schließlich her, welches jetzt und auch fernerhin alle Jahre nach der Behauptung gewisser Leute spurlos verschwinden muß, einzig und allein aus dem Grunde, damit die Behauptung aufrecht erhalten werden kann, daß Länder mit passiver Handelsbilanz verarmen. Diese Verarmung müßte am auffälligsten bei England hervortreten; dieser Staat arbeitet jährlich — und zwar schon seit einigen Jahrzehnten — mit einer Unterbilanz in der Höhe von 2—2 1/2 Milliarden Mark, es müßte also allein in dem letzten Vierteljahrhundert um 50 Milliarden ärmer geworden sein. Trotzdem gilt es noch immer als das reichste Land der Welt und seine Staatspapiere haben einen Kursstand, mit welchem kein anderes Land der Welt konkurriren kann.

Umgekehrt haben aber auch die Papiere von zwei Ländern mit einer hervorragend aktiven Handelsbilanz, Rußland und die Ver. Staaten von Nordamerika, einen Börsenkurs, welcher den einer großen Anzahl von Ländern mit passiver Handelsbilanz weit übersteigt und schon diese einfache Vergleichung muß mahnen, daß ein Schluß aus der aktiven und passiven Handelsbilanz auf den Wohlstand eines Volkes, auf das Steigen oder Sinken des Nationalreichtums absolut unzulässig ist.

Eine Reihe statistischer Uebersichten über die Kurse der Staatspapiere der angeführten Länder, über den Umlauf von Gold und Silber, über die Verbreitung der Eisenbahnen, der Postanstalten und des Briefverkehrs, der Telegraphen-Einrichtungen, der Staatsschulden, des Vermögens und Einkommens und der Getreideproduktion, die insgesammt von Interesse sind, beweisen, daß ein Zusammenhang des Wohlstandes der Völker mit der Art und der Größe der Handelsbilanz kaum vorhanden ist und daß, wenn man ihn vielleicht hier und da konstruieren könnte, er gerade das Gegentheil von dem beweisen würde, was diejenigen, welche ihre wirtschaftliche Theorie auf aktiver und passiver Handelsbilanz aufbauen, damit beweisen wollen.

Dr. Lewinstein schließt seine Schrift wieder mit einem Zitat von Hume, welcher sagte: „Diese Besorgniß um die schlechte Handelsbilanz scheint derartig zu sein, daß sie auftritt, sobald Jemand mit der Regierung unzufrieden ist oder sich in gedrückter Stimmung befindet“ und er bemerkt dazu: Das dürfte auch heute noch zutreffen; wenn wir uns diejenigen ansehen, welche bei uns von dem nationalen Unglück einer passiven Handelsbilanz sprechen, so sind es die Agrarier und die Schutzzöllner, d. h. Leute, denen die Handelspolitik der Regierung nicht paßt, weil sie nicht entschieden genug die Wege des Schutzzolls wandelt.

Nun, die junkerliche Regierung wird den schutzzöllnerischen Forderungen der Agrarier weit entgegenkommen, soweit es an ihr liegt, aber sie könnte damit nur erreichen, was schon einmal da gewesen ist, daß das Ausland das schlechte Beispiel befolgt, der deutsche Export und Import bedeutend zurückgeht, im Sportgegenstand ist, so wie es das Fahrrad gewesen.

Automobile zur Lastenbeförderung sind im Vorjahre zu einer Konkurrenz vom Automobileclub de France geladen worden. Bedingung war eine nutzbare Last von mindestens 1000 Kilogramm. Es stellten sich zehn Fahrzeuge ein, von denen sieben mit Dampf und 3 mit Petroleum betrieben wurden. Die Dampfmaschinen entwickelten 16—34 Pferdekraft, die Petroleummotoren 6 1/2—12. Die Versuche fielen sehr zu Gunsten der Dampfmaschinen aus; drei der konkurrierenden mußten den Kampf aufgeben. Die französische Regierung soll sich für diese Konkurrenz sehr interessiert haben und sie hat auf Anregung der Kammer eine außerparlamentarische Kommission mit der Aufgabe geschaffen, Vorschläge für ein Subventionengesetz für Automobil-Gesellschaften zur Lastenbeförderung zu erstatten. Auf diese Weise soll den nicht an Bahnlagen gelegenen Gemeinden Anregung zur Benützung des Automobils gegeben werden.

Vor dem „Iron and Steel Institute“ in London hielt der Generaldirektor der Hüttenwerke „John Kokerill“ einen Vortrag über die bei den Hochöfen in Seraing eingeführte Verwendung der sogenannten Sichtgase, das sind die Gase, die bei der Verbrennung im Hochofen sich bilden. Bis vor 25 Jahren ließ man diese Gase überhaupt frei ausströmen, ohne sie zu verwerten. Später gelang es, die mit hoher Temperatur entweichenden Gase zum Vorwärmen der Gebläseluft, die der Verbrennung zugeführt wird, zu verwenden. Im Jahre 1895 gelang es einem Ingenieur der erwähnten Werke, einen Motor zu konstruieren, der durch die Sichtgase getrieben wird. Nach dem Prinzip der Gasmotoren war es ein Viertaktmotor, das heißt, die Vorgänge im Zylinder bestanden

Inlande eine Krise eintritt und das Fiasko wie 1892 durch neue Wege wieder gut gemacht werden muß.

### Einige Beiträge zur Lage der Metallarbeiter in Bayern.

In den letzten zwei Jahresberichten der bayerischen Fabrikinspektion sind zahlreiche Angaben über die Arbeitsverhältnisse in der Metall- und Maschinenindustrie enthalten, die zusammen ein annähernd allgemeines Bild von der Lage der Metallarbeiter zu geben vermögen.

Bekanntlich beträgt die Arbeitszeit der Metallarbeiter in Fabriken und Werkstätten zum großen, wenn nicht zum größten Theile 10 Stunden oder noch weniger pro Tag. Nach einer statistischen Uebersicht über die in den verschiedenen Industrien bestehenden täglichen Arbeitszeiten, welche der pfälzische Aufsichtsbeamte gibt, arbeiten die Metallarbeiter in:

Stunden	Eisen- und Blechwaarenfabriken %	Eisen- gießereien %	Maschinenfabriken und Kesselschmieden %
9 1/2	—	—	6,0
9 3/4	3,5	} 62,0	64,5
10	31,5		
10 1/4	23,5	6,0	6,0
10 1/2	7,0	—	—
11	27,5	13,0	23,5
11 1/4	7,0	13,0	—
11 1/2	—	6,0	—

Nach dieser Zusammenstellung arbeiten in den Eisen- und Blechwaarenfabriken 58,5 Prozent der Arbeiter 9 3/4 bis 10 1/4 Stunden, 41,5 Proz. länger bis 11 1/2 Stunden, in den Eisengießereien 62 Prozent bis zu 10 Stunden, 38 Proz. darüber bis 11 1/2 Stunden, in den Maschinenfabriken 70,5 Proz. bis 9 und 29,5 Proz. bis 11 Stunden. Diese Arbeitszeiten, die noch sehr wohl erheblich gekürzt werden können, werden jedoch öfters, namentlich in den Maschinenfabriken und Kesselschmieden durch Ueberzeitarbeit verlängert.

Der mittelfränkische Aufsichtsbeamte, der nur eine allgemeine statistische Uebersicht wie die meisten seiner Kollegen gibt, konstatirt nach den von ihm gemachten Beobachtungen, daß außer in verschiedenen anderen Industrien auch in der Metallindustrie nur selten über eine Minderung der Produktion in Folge Herabgehens der Arbeitszeit ernstlich geklagt wurde und daß vielmehr anerkannt werden mußte, daß der Betrieb seitdem ein geordneterer geworden ist, weil die Zeit vom Meister und Gehilfen besser ausgenutzt wird.

Der unterfränkische Inspektor berichtet: „Nach und nach macht sich sowohl der Einfluß der Arbeitervertretungen als auch derjenige der anderwärts mit Verkürzung der Arbeitszeit gemachten Erfahrungen im Aufsichtsbezirke in der Weise bemerkbar, daß die durchschnittliche Arbeitszeit, wenn auch langsam, aber doch stetig abnimmt. Der Thätigkeit der Gewerkschaften darf bei diesen Ver-

aus vier Operationen. Zuerst geht der Kolben nach vorne und das Gasgemisch wird eingesaugt; dann geht der Kolben zurück, das Ventil schließt sich und das eingesaugte Gas wird komprimirt; im dritten Takte erfolgt die Explosion des Gases durch Zündung und durch den Druck, den die Explosionsgase nach allen Seiten und auf den Kolben ausüben, wird die eigentliche nutzbare Arbeit geleistet. Im vierten Takte werden die unverwendbaren Explosionsrückstände durch neuerliches Zurückgehen des Kolbens ausgepufft und das Spiel kann von Neuem beginnen. Wieder wird das Gasgemisch angesaugt, wieder erfolgt die Kompression usw. Innerhalb zweier Umdrehungen erfolgt eine Arbeitsleistung.

Dies ist in wenigen Worten der Vorgang, wie er bei allen Gas-, Benzin- u. c. Motoren stattfindet, und nach demselben Prinzip wurde der Motor mit den Hochofengasen gebaut. Er war für acht Pferdestärken bestimmt, lieferte aber nur vier, allerdings durch 18 Monate bei täglich 16stündigem Betrieb; ein ganz ansehnlicher Erfolg.

Dadurch ermutigt, wagte man es, eine bereits ziemlich große Maschine von 200 Pferdestärken zu konstruiren und über eben diesen Motor referirte der Generaldirektor M. A. Greiner.

Was zunächst die Gichtgase betrifft, so werden dieselben vom Hochofen weg nicht direkt zu der Maschine, sondern erst durch drei „Strubber“ (Reiniger) geleitet, Gefäße von 1,5 Meter Durchmesser und 6 Meter Höhe, die mit Coke gefüllt sind. Die Coke sind kontinuierlich von Wasser bespült. Hier im Strubber setzen sich Staub und andere Verunreinigungen ab und das Gas kann direkt zur Maschine geleitet werden, wenn man keine Meßversuche beabsichtigt. Ge-

änderungen zum Bessern der Haupterfolg zu geschrieben werden. Jedoch sind auch seitens verschiedener Arbeitgeber ohne Aufforderung der Arbeiter Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit eingeführt worden. Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden haben die Metallarbeiter Schweinfurts, welche der Mehrzahl nach organisiert sind, erreicht. . . . Derselbe Beamte erwähnt die bei den Steinhauern bestehende Unsitte des Blaumachens und führt dasselbe u. A. darauf zurück, „daß bei dem Mangel geeigneter Arbeitervereinigungen fast keinerlei moralisch bessernde Einflüsse auf solche Arbeiter ausgeübt werden.“ Besser kann der sittigende und die Ordnungsliebe fördernde Einfluß der so viel bekämpften und angefeindeten Gewerkschaften nicht dargethan werden.

Ueber die in der Metall- und Maschinenindustrie gezahlten Arbeitslöhne finden sich im letzten Berichte gar keine Angaben, dagegen sind solche im Berichte für 1896 enthalten. Darnach wurden in einer Nürnberger Maschinenfabrik folgende Löhne gezahlt:

Monteure und Schlosser	„	3,40—6,—
Feuerschmiede	„	3,60—5,40
Formen	„	4,00—6,00
Dreher	„	3,40—5,00
Spengler	„	3,00—4,30
Schreiner	„	3,50—5,00
Ladner	„	3,50—5,20
Sattler	„	3,00—5,00
Bohr- und Hobelmaschinenisten	„	2,80—3,70
Tagelöhner	„	2,40—2,70

„Diese Lohnsätze gelten jedoch nur für erwachsene und brauchbare Arbeiter; junge Kräfte, die erst ihre Lehrzeit beendet haben oder unthätige Leute erreichen dieselben nicht. Im Allgemeinen liegen für die Masse der gelernten erwachsenen Arbeiter die Verdienste pro Woche zwischen 16 bis 24 M., für die ungelernen zwischen 12 bis 18 M.“ Abgesehen von den Höchstlöhnen der Monteure und Schlosser, der Formen u. c. sind dies durchwegs niedrige, unzulängliche Löhne, mit denen kein Mann eine Familie ernähren kann und die daher sehr erhöhungsbedürftig sind.

Die Nachtarbeit wird im Berichte des unterfränkischen Inspektors erwähnt. Er theilt nämlich mit, daß sie im Laufe des Jahres 1897 für die Gußstahlkugelfabriken eine Einschränkung erfahren hat. Das größte Stablfement dieses Industriezweiges hat die Nachtarbeit abgelehnt, nachdem die Erfahrung gezeigt hatte, daß sowohl Quantität wie Qualität der Nachtschicht erheblich hinter derjenigen der Tageschicht zurückgeblieben war. Diese Erfahrung ist schon eine alte Thatsache, wie würde aber über den „Ruin der Industrie“ geschrieben worden sein, wenn die Nachtarbeit durch Gesetz verboten worden wäre! Dieser Vorgang ist wieder sehr lehrreich.

Die Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften ist natürlich noch immer unbefriedigend, noch immer wünschlich wird es aber erst in einem Geometer von 12 Meter Durchmesser und 360 Kubikmeter Inhalt geführt.

Die Maschine von 200 Pferdestärken ist einzylinderig, der Zylinder hat einen Durchmesser von 800 Millimeter, der Kolbenhub beträgt 1 Meter. Das Schwungrad hat einen Durchmesser von vier Meter und wiegt 15 Tonnen. Es vollführt 120 Umdrehungen in der Minute. Die Maschine wird verwendet, um Luft auf die Spannung von 5 Kilogramm per Quadratcentimeter zu bringen. Diese hochgespannte Luft wird in Röhren fortgeleitet und zum Antrieb einiger der vielen Maschinen und Elevatoren benützt, die in einem Hüttenwerk erforderlich sind und bisher durch Dampfkraft betrieben wurden.

Erstaunlicherweise sind von den erwarteten Schwierigkeiten und Hindernissen im Betriebe der Motoren so viel wie gar keine eingetreten. Der vierpferdige Motor war, wie bereits erwähnt, durch längere Zeit in Betrieb. Man hatte geglaubt, daß sich im Zylinder sehr viel Staub absetzen und dies den Betrieb hindern werde. Es stellte sich aber erst nach mehr als vier Monaten die Nothwendigkeit ein, den Zylinder zu reinigen. Man hatte ferner gefürchtet, daß schädliche Säuren, Phosphor- und Schwefelsäure die Zylinderwand angreifen könnten. Auch dies konnte Herr M. A. Greiner nicht konstatiren, und er kam zu dem Schlusse, daß er, wenn der 200pferdige Motor sich durch sechs Monate bewährt haben werde, an den Bau einer Maschine von 500 oder 800 Pferdestärken schreiten werde.

Die Bedeutung dieser Maschinen für die Verbilligung der Herstellungskosten unseres wichtigsten Materials, des Eisens, ist augensätzig. Wer es weiß, wie

den alle Bestimmungen mehr oder weniger häufig übertreten. Insbesondere gibt der Stand der Schutzvorrichtungen, die Beschaffenheit der Arbeitsräume u. c. fortwährend Anlaß zu zahlreichen Reklamationen und Anordnungen. So traf der Aufsichtsbeamte für Schwaben und Neuburg nicht weniger als 2172, der oberfränkische 710, der unterfränkische 753, der mittelfränkische 524 Anordnungen und die übrigen ebenfalls Jeder mehrere Hunderte. Von den Ersteren seien verschiedene Anordnungen erwähnt, welche speziell Metallarbeiter angehen. Die Anordnungen betrafen: Anbringung von Schutzvorrichtungen an Dampfesselwasserstandsgläsern in 3 Fällen, Beseitigung oder Verteilung von Sicherheitsventilen 3, Anbringung von Geländern an Dampfesseldecken, an Treppen ober Seitern zu denselben 24, Entfernung von auch auf Dampfesseldecken aufbewahrten Gegenständen 8, Anbringung von Ausblaseröhren an Wasserständen 27, Versicherung von Schwung- und Steuerrädern, Kolbenstangen u. dergl. an Kraftmaschinen aller Art 77, Schutz an Wasserrädern und Turbinen, Schützen, Rechen und Laufstegen zu Wassermotoren 57, Herstellung von Signalglocken vom Motorraum aus nach den Arbeitsräumen 38, Verbot des Eintritts in Maschinen- oder Kessellokale 6, Sicherung an Dynamomaschinen, Isolirung elektrischer Leitungsdrähte u. c. 11, Schutz an Transmissionen, Wellen, Vorgelegen, Schnecken, Stirn- und Winkelgetrieben u. c. 227 usw. Die Zahl der von dem Augsburger Inspektor getrossenen gewerbehygienischen Anordnungen betrug 94. Wie leichtsinnig und gewissenlos die Unternehmer handeln, zeigt die Mittheilung des unterfränkischen Inspektors, wonach ein Brauereibesitzer einen bereits außer Gebrauch gesetzten Dampfessel wieder in Betrieb nahm. Der Beamte ordnete die sofortige Außerbetriebsetzung des Dampfessels an. Bekanntlich sind die Unternehmer in den meisten Fällen von Verletzungen sofort mit der Beschuldigung des Arbeiters bei der Hand, daß er nicht aufgepaßt habe. In einer Eisengießerei in Unterfranken ist Acetylen für Beleuchtungszwecke eingeführt worden. Mehrfach werden zweckmäßige Schutzvorrichtungen erwähnt.

Von den Mittheilungen über Erkrankungen in Folge der verwendeten Rohmaterialien betreffen mehrere solche in Metallwaaren-, in Akkumulatorenfabriken u. c. In den Schweinfurter Gußstahlkugelfabriken kamen in auffallend großer Zahl Hauterkrankungen vor, die auf die Beschmutzung mit dem in den Kugelfabriken benutzten Schmieröle zurückgeführt wurden. Dasselbe verstopft die Hautporen und hindert die Ausdünstung bezw. Schweißabsonderung. Dieser Uebelstand macht sich besonders im Sommer sehr fühlbar. Als Vorbeugungsmittel wurde die fleißige Benutzung von Bädern erachtet. In der Gußpußerei einer Eisengießerei mußte wegen der Schädlichkeit des Gußpußereistaubes die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter verboten werden. Nach einer Zusammenstellung des pfälzischen Inspektors für fast alle bedeutenderen Industrien und Gewerbe entfielen auf die Ar-

viele Tausende von Pferdestärken in den Hüttenwerken gebraucht werden für Gebläse der Hochöfen, für Walzwerkmaschinen und Anderes, der wird es zu würdigen wissen, was die Möglichkeit solcher Maschinen bedeutet.

Die Manhattan Elevated Railway (Hochbahn) in den Vereinigten Staaten hat sich vor eintiger Zeit eine Lokomotive konstruiren lassen, die statt mit Dampf mit komprimirter Luft betrieben wird.

Die Maschine ist ungefähr 8 Meter lang und ruht auf drei Radachsen, von denen die zwei vorderen miteinander gekuppelt sind. Sie ist von einem Mantel aus Eisenblech umgeben, in welchem sich 37 zylindrische Röhren befinden, enthaltend komprimirte Luft mit dem Drucke von 168 Kilogramm per Quadratcentimeter. Das Ende einer jeden dieser Röhren ist zu einem Röhren verengt, das in die Hauptleitung führt; in der Hauptleitung wird der Druck auf 10 Kilogramm per Quadratcentimeter herabgemindert und die Luft mit dieser Spannung wird in die Zylinder geführt und dort zur Expansion gebracht.

An der Rückseite der Maschine befindet sich der Platz des Maschinenführers und auch ein kleiner Ofen, der zur Erwärmung der expandirten Luft dient.

Die komprimirte Luft wird mittelst einer Corlißdampfmaschine von 230 Pferdestärken von einer vierfachen Luftpresse erzeugt und in ein Stahlblechreservoir geführt, in welchem 23 Kubikmeter Luft von 197 Kilogramm Spannung aufbewahrt werden können. Aus diesem Reservoir können die Röhre der Lokomotive in einer Minute gefüllt werden.

beiterschaft pro Kopf und Jahr Krankentage: In Eisenhüttenwerken 8, Eisengießereien 6,4 bis 10,1, Drahtzug- und Drahtstiftfabriken 2,1 bis 7,53, für Arbeiterinnen 2 bis 7,7, Metallblumenfabriken 3, Arbeiterinnen 2,1, Kleineisenzeugfabriken 8, Maschinenfabriken und Kesselschmieden 4,3 bis 10,4, Schnellpressenfabriken, Nähmaschinen- und Fahrradfabriken 3,5 bis 5,5, Arbeiterinnen 0,02 bis 11 Tage. Eine größere Erkrankungs Häufigkeit hat die chemische Industrie, Zuckerindustrie und die Bauindustrie. In allen diesen Zahlen sind jedoch die Unfälle inbegriffen.

Von Streiks ist derjenige in einer Schweinfurter Gußstahlkugelfabrik erwähnenswerth, woran ca. 700 Personen theilhaftig waren. Die Ursache lag in dem Wechsel der Betriebs- und Werkstättenleitung. Nach einwöchiger Dauer wurde der Streit durch Vermittlung des Inspektors beendet mit dem Zugeständnis an die Arbeiter, daß ein Betriebsleiter von dem direkten Verkehr mit den Arbeitern entbunden und ferner keine Entlassung bisheriger Betriebsbeamter stattfinden werde. In einer Gußstahlkugelfabrik hatte die Metallarbeitergewerkschaft mit Erfolg intervenirt bezüglich des Abschusses von Arbeitsverträgen mit den Arbeitern bis auf ein Jahr, während die Arbeitsordnung eine Stägige Kündigungsfrist voraussetzt. Der Zweck dieser Verträge war, sich bei dem herrschenden Arbeitermangel einen Arbeiterstamm zu sichern. Dem gleichen Zweck diente wohl auch ein Abkommen sämtlicher Gußstahlkugelfabriken, wonach kein aus der einen Fabrik, wenn auch ganz ordnungsgemäß ausgetretener Arbeiter vor Ablauf von 4 Wochen in eine andere aufgenommen werden durfte. Also 4wöchiger Boykott! Das ist denn ein arger Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht gegen die wirtschaftlich Schwächeren, eine gewaltthätige Verhinderung von Arbeitswilligen an der Weiterarbeit.

In der großen elektrotechnischen Fabrik von Schudert & Co., Aktiengesellschaft in Nürnberg, ist die Gewinntheiligung eingeführt, bezugnehmend seit dem vorigen Jahre auch in der elektrotechnischen Fabrik von Reimiger, Gebbert & Schall in Erlangen. Im Jahre 1896 wurden in der ersten Fabrik 90,000 M. an ca. 3000 Arbeiter vertheilt in Beträgen von 4—300 M. Die Arbeiter können sich damit Aktien der Fabrik erwerben, jedoch für nicht mehr als 2000 M. pro Arbeiter. Ende 1896 waren 80 Arbeiter mit zusammen 45,000 M. Aktien. In der Erlanger Fabrik werden alle Gewinnanteile als Kapitaleinlagen gutgeschrieben und mit 5 Proz. verzinst. Die Schudert'sche Fabrik hat einen Fonds von ca. 600,000 M., zu dem die Verwaltung 1896 40,000 M. beigetragen. für Alters-, Wittwen- und Waisenpension, deren monatliches Maximum nach 35 Dienstjahren 50 M. beträgt. Frau Schudert hat mit 30,000 M. einen Fonds gebildet zur Fortbildung der Fabrikarbeiterkinder nach der Entlassung aus der Volksschule. Das ist recht schön und gut, wenn man von den Früchten der Arbeit, welche in Gestalt des Geschäftsgewinnes der Unternehmer sich wegnimmt, wieder ein Theil den Arbeitern zurückfließt, aber diese Wohlthätigkeit hat noch viel höheren Werth, wenn vorher den Arbeitern auch anständige und auskömmliche Arbeitslöhne gezahlt werden, so daß sie ordentlich leben können und ihren Familien lange der Ernährer erhalten bleibe. Das gilt auch gegenüber der Pensionskasse der Maximilianshütte in der Oberpfalz, die einen Pensionsfond von 320,422 M. für ihre Arbeiter hat. Diese Hütte zahlt aber sehr geringe Löhne, deren fühlbare Erhöhung zu genügenden Löhnen zweifellos den Arbeitern hundert Mal lieber sein würde, als eine Million Mark Pensionsfond. Der Zweck dieser Einrichtungen liegt auf der Hand: Durch Versprechung von einer Unterstützung nach vielen, vielen Jahren die Arbeiter bei niedrigen Löhnen an das Geschäft zu fesseln, die kurzfristig genug sind, ihr Erbschaftsrecht für ein Einjägerrecht hinzugeben.

Die beste Wohlfahrts-Einrichtung sind auskömmliche Arbeitslöhne, dann können sich die Arbeiter bei den Lebens- und Rentenversicherungsanstalten selbst für das Alter, wie für den Todesfall versichern, wobei ihre Ansprüche und Rechte von keinem Wechsel der Arbeitsstelle berührt werden, wie dies bei den Pensionskassen der Fabriken der Fall ist. Sehen dies einmal die Arbeiter ein, dann werden sie trotz aller sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen auf der ganzen Linie befriedigende Arbeitsverhältnisse fordern und damit in die Lage kommen, ihr Wohl selbst am Besten zu fördern.

Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine.

(Schluß.) Auch auf dem Gebiete des Unterstützungswesens hat Herr Dr. Max Hirsch schon recht trübe Erfahrungen machen müssen. Schon am 1. Juli 1869 war die Verbands-Invalidentasse, ferner eine Invaliden-

tasse für den Gewerbeverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter gegründet worden. Für 10 J Beitrag sollte eine wöchentliche Pension von 6 M gezahlt werden. Die erste technische Prüfung des Sachverständigen Dr. Zillmer am Schlusse des Jahres 1874 ergab, daß wenn die Verbands-Invalidentasse ihren Verpflichtungen gerecht werden wolle, der Beitrag von 10 auf 15 J pro Woche erhöht werden müsse. Der Verbandstag beschloß dementsprechend; die Folge war ein Massenaustritt der jungen Mitglieder. Um die Kasse zu retten, wurde 1881 die Verlängerung der Karenzzeit auf 15 Jahre beschlossen. Die 1883 angeordnete behördliche Revision der Kasse gab derselben den Todesstoß. Uebermaß wurden die Beiträge erhöht; die Mitgliederzahl sank in Folge dessen auf 2000. 1889 trat das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in Kraft und erfolgte dann am 8. September 1889 die freiwillige Auflösung der Kasse. So endete nach langem Stiechtum „die Perle der deutschen Gewerkvereine“, die Verbands-Invalidentasse.

Wird das Schicksal der jetzt bestehenden Unterstützungseinrichtungen ein besseres sein? Wenn dieselben nicht nur auf dem Papier stehen sollen, sondern den Mitgliedern ein wirksamer Schutz in den verschiedenen Nothlagen des Lebens geboten werden soll, so steht schon jetzt für jeden unbefangenen Beurtheiler fest, daß ohne wesentliche Erhöhung der Beiträge dieser Zweck nicht erreicht werden kann.

Bei Beiträgen von 10 resp. 15 J pro Woche ist es nichts weiter als eine Vorspiegelung falscher Thatfachen, wenn die Leiter der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine den Arbeitern einzureden suchen, daß diese Vereine ihnen eine auch nur den bescheidensten Ansprüchen genügende Reise-, Streik-, Gemäßregelten-, Arbeitslosen- und Nothstands-Unterstützung, ferner Rechtsschutz und Uebersiedelungs-Beihilfe gewähren könnten.

Getreu ihrem Prinzip, „Arbeitseinstellungen auf alle Weise zu erschweren und zu verhindern“, haben die Gewerkvereine für Streiks bisher nur sehr minimale Beträge verausgabt. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Streiks, welche von der Gesamtheit der Arbeiter des betreffenden Gewerbes beschlossen worden waren und von welchen sich die kleine Mitgliederzahl der Gewerkvereiner nicht gut ausschließen konnte, ohne den berechtigten Vorwurf des Verraths der Arbeiterinteressen auf sich zu laden. Erklärlicher Weise hat die Sonderbündelerei der Gewerkvereine und der von ihnen vertretene Harmoniestandpunkt auch schon mehrfach dazu geführt, daß dieselben hinter dem Rücken der gesamten im Kampf stehenden Arbeiterschaft mit den Arbeitgeber Verhandlungen anknüpften, entgegen dem Willen der übrigen Arbeiter mit den Kapitalisten für ihre Mitglieder ein Uebereinkommen trafen und dann die Arbeit wieder aufnahmen. In allen Fällen war dies aber bisher schon nicht möglich und wird in Zukunft noch weniger möglich sein, je mehr die wirtschaftlichen Kämpfe durch die Progenhaftigkeit der Kapitalisten an Schärfe, Ausdehnung und Dauer zunehmen werden. Zeigen uns doch schon die beiden letzten Jahre eine wesentliche Steigerung der Ausgaben für Streiks bei den Gewerkvereinen. Während in den Jahren 1892, 1893 und 1894 zusammen nur 2716 M für Streiks verausgabt worden waren, wurden im Jahre 1895 dafür schon 3719 M., im Jahre 1896 sogar 8214 M und im Jahre 1897 6560 M verausgabt. Das sind allerdings nur ganz minimale Beträge im Vergleich zu den Streikausgaben der Gewerkschaften, aber auch für die Mitglieder der Gewerkvereine wird trotz ihrer Harmonieeinstellung der Friede nicht ewig gesichert sein. Die Führer dürften allerdings alles anbieten, einen ersten Kampf mit den Kapitalisten zu vermeiden, um nicht den Axt abzugeben, auf dem sie selber sitzen. Aber — „mit des Geschickes Rädern ist kein ewiger Band zu flechten“, noch weniger mit profitgierigen Kapitalisten. Und wenn nun einmal ein solcher erster Kampf kommt, wie weit werden dann die Gewerkvereine mit ihren Kassenbeständen reichen?

Ein Kassenbestand von 741,257 M., wie ihn Dr. Max Hirsch Ende 1895 für die Gewerkvereine angibt, mag ja Renten, deren Taschen leer sind und die keine Erfahrung auf wirtschaftlichem Gebiete haben, gewaltig imponiren; aber wie viel würde von demselben übrig bleiben, wenn einmal der hauptsächlichste der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, der der Metallarbeiter, einen ersten Kampf mit dem Kapital zu bestehen hätte?

Kommen wird dieser Kampf früher oder später, trotz der Protektion einiger „gleichberechtigter Bundesgenossen“!!!, wie Dr. Max Hirsch die Arbeitgeber kürzlich titulirte. Die unerbittliche Logik

der Thatfachen wird die in den Gewerkvereinen organisirten Arbeiter in den Klassen- und Interessenkampf hineintreiben.

Und wenn nun das Vermögen der Gewerkvereine durch den Kampf wesentlich zusammengeschmolzen, wenn nicht gar ganz aufgezehrt ist, wenn dann eine große Zahl Gemäßregelte zu unterstützen sind, was verschlagen dann Beiträge von 10 resp. 15 J die Woche? Vorausgabt doch die Organisation der Buchdrucker nach dem großen Streik im Jahre 1892 bei 16,000 Mitgliedern allein an Gemäßregelten-Unterstützung 218,041,83 M., an Reise-Unterstützung 121,164,67 M., an Arbeitslosen-Unterstützung 235,528,40 M. Insgesamt betragen in jenem Jahre die Ausgaben nahezu 40 M pro Mitglied.

Diese eine Thatfache lehrt, daß die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine bei ihren niedrigen Beiträgen ganz außer Stande sind, den Mitgliedern in abnormen Zeiten den Schutz zu gewähren, den ihnen ihre Führer großprahlertisch verbprechen.

Aber auch mit dem Schutz der Mitglieder in Nothfällen in normalen Zeiten steht es äußerst windig aus. Verfasser dieses hat sich hierüber eingehend geäußert in Nr. 34 der „Neuen Zeit“. Hier sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die Karenzzeit in den Gewerkvereinen durchweg sehr lang ist — bei 2 Gewerkvereinen beträgt dieselbe bez. Unterstützung von Arbeitslosen-Unterstützung sogar 5 Jahre; daß die normirten Unterstützungssätze im Vergleich zu denjenigen der Gewerkschaften äußerst minimal sind; daß aber vor allem in den Gewerkvereinen in der sogenannten todtten Saison keine Unterstützung gezahlt wird.

Hieraus erklären sich dann auch die verhältnißmäßig geringen Summen, die die Gewerkvereine für Unterstützung verausgaben.

Nach der von Herrn Dr. Max Hirsch veröffentlichten Uebersicht über ausgezahlte Unterstützungen wurden von den Gewerkvereinen insgesammt verausgabt:

Table with 3 columns: Year (1896, 1897), Category, Amount (M.). Rows include Reiseunterstützung, Uebersiedelungs-Beihilfe, Arbeitslosen-inkl. Streik- und Gemäßregeltenunterstützung, and Unterstützung in bes. Nothfällen.

Die Mitgliederzahl betrug . . . 71,760 79,558

Mithin wurden pro Mitglied an Unterstützungen verausgabt 1,09 1,11

Dagegen verausgabten die 12 Gewerkschaften, welche Arbeitslosen-Unterstützung zahlen:

Table with 3 columns: Year (1896, 1897), Category, Amount (M.). Rows include Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Gemäßregeltenunterstützung, and Streikunterstützung.

Die Mitgliederzahl betrug . . . 61,207 66,828

Mithin Unterstützung pro Mitglied 11,41 9,27

Im Durchschnitt berechnet zahlten die betreffenden Gewerkschaften in den Jahren 1892, 1893, 1894, 1895 und 1896 ihren Mitgliedern mehr als 11 mal so viel Unterstützung als die Gewerkvereine.

Die Kassenbestände der betreffenden Gewerkschaften betragen zusammen Ende 1897 2,152,151 M oder 32,20 M pro Kopf.

Das Vermögen der Gewerkschaften, welche Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, ist demnach 3 mal so groß, als das der Gewerkvereine.

Um dem Einwand zu begegnen, diese 12 Gewerkschaften bildeten eine Ausnahme, seien nachstehend die ausgezahlten Unterstützungen sämtlicher Gewerkschaften angeführt:

Table with 3 columns: Year (1896, 1897), Category, Amount (M.). Rows include Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Streikunterstützung, Gemäßregeltenunterstützung, and Unterstützung in besonderen Nothfällen.

Die Mitgliederzahl betrug . . . 328,830 404,567

Mithin pro Mitglied . . . 4,83 3,77

Wir haben den Artikel in Nr. 23 vom 4. Juni d. J. reproduzirt.

Nehmen wir den Durchschnitt von 1892-97 inkl. - also für 6 Jahre - so ergibt sich Folgendes:

Die Gewerksvereine zahlten pro Jahr und pro Mitglied an Unterstützungen 1,06 M - die Gewerkschaften dagegen 4,06 M - also nahezu 4 mal so viel.

Und nun noch ein letzter Vergleich, der mehr noch als die vorstehenden die völlige Unzulänglichkeit der Unterstützungs-Einrichtungen in den Gewerksvereinen zeigt.

Die Arbeitslosen-Unterstützung zahlenden Gewerksvereine in Vergleich gebracht mit den Gewerkschaften, welche keine Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, ergibt folgendes überraschende Resultat:

Gesamtsumme der Unterstützungen der betreffenden Gewerkschaften:

	1896	1897
	M.	M.
Zahl der Mitglieder	267,623	337,739
Mithin pro Mitglied	3,34	2,69

Die Gewerksvereine zahlten in diesen beiden Jahren durchschnittlich 1,10 M pro Kopf, die betr. Gewerkschaften 3,02 M, also - trotz alledem, daß sie keine Arbeitslosen-Unterstützung ihren Mitgliedern gewährten, den noch 2 1/2 mal so viel, wie die Gewerksvereine.

Daß trotz dieser Thatsache dennoch fast 80,000 Arbeiter den Gewerksvereinen als Mitglied angehören, zeigt, ein wie gewaltiges Zugmittel selbst die eigens nur auf dem Papier stehende Arbeitslosen-Unterstützung zum Beitritt in die Gewerkschaft ist.

Die große Mehrzahl sind Arbeiter, welche sich in dem Wahn befinden, durch die Gewerksvereine einen Schutz in den verschiedensten Nothlagen des Lebens zu finden. Von dem Augenblicke an, wo die großen gewerkschaftlichen Zentralverbände den Ausbau des Arbeitslosen-Unterstützung einführten, wird den Führern der Gewerksvereine das beste Agitationsmittel für die entrißen sein.

Ein einiges Handeln aller Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet ohne Rücksicht auf Religion und Parteianghörigkeit, die Bildung starker Organisationen zum Schutz der Arbeiterinteressen wird immer mehr gebieterische Nothwendigkeit.

Die Berichte über Lebensmittelpreise.

Seit nunmehr einem halben Jahre berechnet der „Arbeitsmarkt“ auf Grund offizieller Markthallenberichte für jeden Monat den Kostenaufwand für die wöchentliche Ernährung einer Arbeiterfamilie in vier Städten des Reiches.

Diese Wochenration hält die Marineverwaltung zur Erhaltung der Gesundheit ihrer Mannschaften für unumgänglich notwendig. Für den industriellen Arbeiter gibt es vorerst noch keine anerkannte einheitliche Normalration.

„Arbeitsmarkt“ den amtlichen Preisberichten städtischer Markthallen.

Bis jetzt war die Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ auf die vier Städte Berlin, Leipzig, Braunschweig und München beschränkt. Soll jedoch die Statistik der Lebensmittelpreise den ihr zukommenden Werth erhalten, so ist es notwendig, daß die Berichterstattung auf möglichst viele Großstädte in allen Theilen Deutschlands sich erstreckt.

Stadt	pro Kilogramm in M.
Dauzig	1,00 1,20 1,20 0,04
Berlin	0,96 1,20 1,20 0,06 0,35 0,24 1,20 19,72
Chemnitz	1,12 1,40 1,20 0,06
Dresden	1,10 1,20 1,00 0,04
Leipzig	1,00 1,20 1,00 0,10 0,44 0,22 2,00 20,25
Braunschweig	1,10 1,20 1,20 0,06
Wiesbaden	1,25 1,40 1,20
Mannheim	1,40 1,50 1,50 0,05 0,32 0,25 2,40 21,75
Strasburg	1,20 1,44 1,25 0,04 0,30 0,27 1,52 22,98
Stuttgart	1,20 1,40 1,10 0,14 0,20 0,23 2,00 22,81
Augsburg	1,12 1,50 1,00 0,06 0,24 0,32 1,76 21,62
München	1,28 1,40 1,00 0,07 0,34 0,36 1,70 23,73
Im Durchschnitt	1,14 1,34 1,18 0,06 0,31 0,26 1,34 21,68

Bei der Aufstellung der vorstehenden Tabelle waren wir nicht in der Lage, nur Markthallennotirungen zu verwenden, da eben viele Großstädte noch keine Markthallen besitzen.

Unter den zwölf angeführten Städten besitzen allerdings Dauzig, Berlin, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Braunschweig, Strasburg, als die Mehrzahl, Markthallen. Die übrigen, sowie Städte wie Weiden, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Freiburg i. B., Magdeburg, Mainz, Hamburg, Karlsruhe, Köln, Aachen u. d. d. h. besitzen keine. Wollen wir also unsere Berichterstattung über den Nahmen der Städte mit Markthallen ausdehnen, so müssen wir für unsere Bedürfnisse auf die amtlich ermittelten Detailpreise zurückgreifen.

Bei der Aufstellung der vorstehenden Tabelle waren wir nicht in der Lage, nur Markthallennotirungen zu verwenden, da eben viele Großstädte noch keine Markthallen besitzen.

gangbarste Brodorte sein. Stuttgart unterscheidet Weißbrod, Halbweißbrod, Hausbrod, Weiden; Wiesbaden Landbrod und Hundbrod; Strasburg Weißbrod und Schwarzbrod; Dresden gar Brodfabrik (Sorte 1, 2 und 3), Scherbrot, Tafelbrod Nr. 1 und 2, Blauesches Brod Nr. 1, 2 und 3, endlich noch Landbrod.

Eine zweite Gruppe von Fehlerquellen ergibt sich aus der Methode der Preisfeststellung. In den zwölf Städten, für die wir oben Preise verzeichnet haben, ist die Methode nicht in zwei die gleiche.

Um hier noch einige Fingerzeige für die positive Gestaltung der Preisnotirungen zu geben, so sei hervorgehoben, daß wir vor Allem eine Berücksichtigung aller wichtigen Lebensmittel, zum Mindesten der in unserer Tabelle erwähnten, bei der Notirung empfehlen möchten.

Unter Berücksichtigung unserer Hinweise liegt eine aktuelle Zusammenstellung der Preise der wichtigsten Lebensmittel für die Großstädte in den verschiedenen Produktionsgebieten Deutschlands im Bereiche der Möglichkeit.

„Der Arbeitsmarkt.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: 152317 des Drehers Robert Menke, geb. zu Siefeld am 24. April 1878.



die uns noch Fernstehenden mitzubringen. Wann dieselben stattfinden, wird in der nächsten Versammlung beschlossen werden.

Feilenhauer.

Stilsfeld. Leider ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß Kollegen den Arbeitsnachweis umgangen haben.

Breslau. Wie schon mitgeteilt, wurde der Streik für beendet erklärt. Wenn wir auch nicht alle Forderungen durchgesetzt haben, so haben wir doch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 58 Stunden erzielt.

Lübeck. Der Frau Andersson ist es in vorletzter Woche gelungen, zwei Arbeitswillige heranzuziehen. Da letztere nicht für unsere Sache zu gewinnen sind, so ist vorherhand keine Aussicht, daß die Frau Andersson nachgibt.

Mannheim-Ludwigshafen. Vor vier Wochen machten wir eine Eingabe an die Meißner Erbhöflichkeit in bezug auf die Höhe der Steuern.

An die Metallarbeiter Ostschlesiens.

Da die Agitationskommission eine intensivere Tätigkeit in den Orten Ostschlesiens, wo die Organisation zurückgeblieben ist, noch nicht zuwege gebracht hat, ersuchen wir, die Besondere der Besonderen Ostschlesiens, ihren Verdiensten gemäß den Beschlüssen der Döbelner Landeskonferenz nachzutun.

Beistellungen von Referenten sind mindestens 10 Tage vor der Versammlung bei dem Unterzeichneten zu bewirken; etwaige Gelder mölle man an den Kollegen Paul, Dresden-Alstadt, Str. 10, p. senden.

Mit kollegialem Gruß Richard Pöhl, Dresden-Al., Gartenstr. 311.

Technisches.

Partilötung mit Acetylen. Die entleuchtete Flamme des Acetylen eignet sich vorzüglich zur Partilötung. Ihre Temperatur ist so hoch, wie man sie sonst nur mittelst eines besonderen Gerätes erreichen kann.

Kohlengas, so ist sein Verbrauch in demselben Maße geringer, wie in den Fällen der Partilötung mittelst der Acetylenflamme weit niedriger, als es dem Preise des Acetylen entspricht.

Vermischtes.

Der Arbeitsmarkt im September zeigte wiederum das günstige Gepräge, welches nur durch den jetzt beendigten spanisch-amerikanischen Krieg zeitweise unterbrochen war.

Abnahme: Polen, Frankfurt a. O., Berlin, Hildorf, Kiel, Halle a. S., Gera, Hannover, Osnabrück, Bielefeld, Münster, Essen, Oberfeld, Düsseldorf, Köln, Aachen, Trier, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Darmstadt, Strassburg i. E., Gießen, Freiburg i. B., Schopfheim, Mannheim, Stuttgart, Cannstatt, Ludwigshafen, Gießen, Neulingen, Göttingen, Zellbrunn, Augsburg. — (Graz, Winterthur.)

Zunahme: Breslau, Merseburg, Erfurt, Dortmund, M.-Glückhau, Kreuznach, Mainz, Worms, Kaiserlautern, Saarlouis, Offenau, Koblenz, Wormheim, Schw. Gall, Würzburg, Jülich, Nürnberg, München. — (Brünn, Bern.)

Die Einschränkung der Feiertage des arbeitenden Volkes unter der neuen Sorge der deutschen Unternehmer. Die Arbeiter feiern zu viel Feste und den Unternehmern entgeht dabei viel Profit.

Wegen Bettelns und Landstreichens wurden im Jahre 1907 im Großherzogtum Oldenburg nach amtlichem Ausweis insgesamt 1066 Personen bestraft.

Als fast die Hälfte aller Bewohnern fällt auf den Winter mit der kaltesten Arbeitszeit. Der Sommer mit vielfacher Arbeitsgelegenheit zeigt auch die wenigsten Verurteilungen.

Bis zu 3 Monaten . . . 5
" " 6 " " . . . 101
" " 2 Jahren . . . 131
Man denke, welche furchtbare Strafe! Zwei Jahre Arbeitshaus für vielleicht nur zweimaliges Betteln innerhalb dreier Jahre (§ 362). Die jedesmalige Verurteilung eines Bettlers ist auch die gleichzeitige Verurteilung der kapitalistischen Wirtschaft.

Import amerikanischer Stahlfabrikate nach Europa. Ueber den bevorstehenden Import amerikanischer Stahlfabrikate nach England und dem Deutschen Reich wird dem „Centralblatt der Walzwerke“ von London behufs Ergänzung früherer Berichte mitgeteilt, daß der große 200 Millionen Dollars (850 Millionen Mark) Kapital umfassende American Federal Steel Trust und die Carnegie Company nicht nur in England, sondern an mehreren Punkten des deutschen Reichs große Niederlagen von ihren Stahlfabriken aller Gattungen zu errichten beabsichtigen.

In Birmingham und Sheffield beziehen bereits einige große Firmen regelmäßig amerikanische Stahlprodukte. Es bezieht sich hier nicht allein um den amerikanischen Export von Stahlplatten, Stahlbältern, sondern auch um Stahlfabrikate von feinerer Qualität und in kleineren Spezifikationen.

Konvention der Gießerei- und Maschinenfabrikanten. In Schweden fand eine Versammlung einer größeren Anzahl nordischer Gießerei- und Maschinenfabrikanten statt. Es wurde beschlossen, eine Konvention herbeizuführen, wonach die Produktion eingeschränkt und die Preise erhöht werden sollen.

Leistenbruch und Unfallrente. Offiziell wird geschrieben: Das gerade in Arbeiterkreisen häufiger zu beobachtende Auftreten von Leistenbrüchen verleiht der Unfallversicherungspraxis bei Leistenbrüchen ein grundsätzliches Interesse.

